

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 1 (1960)

Heft: 45

Artikel: Verbürgerlichung der Sowjetgesellschaft?

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1076412>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Verbürgerlichung der Sowjetgesellschaft?

Seit Ende des Zweiten Weltkrieges entwickelt sich die sowjetische Gesellschaft in Richtung einer Polarisierung: Die Reichen werden reicher, die Armen aber verhältnismässig ärmer. Man ist versucht, den Marxschen Begriff der Vereindlung auf die angeblich klassenlose kommunistische Gesellschaft anzuwenden. Tatsächlich hat ja auch Milovan Djilas, der ehemalige jugoslawische Kommunistenführer und nunmehr trotz andauernden Gefangenenaufenthaltes stärkster Kritiker der kommunistischen Utopie, für diese Erscheinung den Begriff der «Neuen Klasse» geprägt.

Diese «Neue Klasse»

kann man in der UdSSR besonders klar nachweisen. Sie gelangte als Trägerin der Revolution in ihre führende Rolle und ist jetzt bemüht, durch verschiedene Privilegien diese Stellung moralisch und materiell zu festigen. Diese Schicht der «oberen Zehntausend» besteht vor allem aus den Parteiführern und Organisatoren, zusätzlich aber auch aus den Vertretern jener Kreise, welche einen wesentlichen Beitrag an die Machtstellung der Sowjetunion leisten. Das sind die Offiziere, Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler sowie die Ideologen.

In der Sowjetunion ist nach den Grundsätzen des Kommunismus das Privateigentum verboten, weil es ja angeblich die Ursache der Ausbeutung darstellt. Nach Gesetz ist dafür

das sogenannte «persönliche Eigentum» zugelassen. Diese Unterscheidung ist leichter verständlich, wenn man sich einiger wirtschaftswissenschaftlicher Kategorien erinnert. In der Nationalökonomie werden produzierte Produktionsmittel als Kapital bezeichnet. Darunter fallen alle von Menschenhand geschaffenen Arbeitsmittel und Arbeitsinstrumente, wie Maschinen und Gebäude. Da nach kommunistischer Theorie das Kapital zur Ausbeutung führt, sofern es in privatem Besitz ist, muss dieses Kapital nationalisiert werden, deshalb ist das Privateigentum verboten. Nicht unter den Kapitalbegriff fallen Verbrauchsgüter, sogenannte Konsumtionsmittel, deren letzter Zweck der Verbrauch und nicht die Produktion ist, wie z.B. Lebensmittel und Haushalteinrichtungen. Diese Verbrauchsgüter sind nicht Kapital und dürfen deshalb in privatem Besitz verbleiben. Das ist das sogenannte persönliche Eigentum.

Hausbesitz

Das Dekret mit Gesetzeskraft vom 26. August 1948 erlaubt den Sowjetbürgern, ein Familienhaus mit 1–5 Wohnzimmern zu bauen. Gemäss Artikel 10 der Verfassung (1936) und Artikel 1 des sowjetischen BGBs aber dürfte jeder Bürger nur ein Haus besitzen, und das zweite Haus sollte verkauft werden. Im Interesse der sich allmählich bereichernden Schicht der Gesellschaft erklärte jedoch das Plenum des Obersten

Gerichtes der UdSSR (1947), dass durch Erbschaft ein zweites Haus erworben werden kann. Die Literatur interpretiert die oben erwähnten Artikel hingegen so, dass nur der Ankauf eines zweiten oder dritten Hauses verboten sei, nicht aber der Erwerb durch Heirat, Erbschaft und sogar Geschenk. (Die letztere These ist jedoch noch bestritten, denn auch der Bau eines zweiten oder dritten Hauses sei erlaubt.) Das Sowjetrecht verbietet jedoch die Vermietung des zweiten Hauses, weil der Eigentümer solcherweise «unverdient» zu einem Verdienst kommt. Die Literatur fordert aber die Milderung dieser Norm und die Zulassung solcher Vermietung, unter gewissen Umständen.

Die wohlhabende Klasse baut für sich mehrere «dacy» (Villen) und versucht, ihr Vermögen auch mit Häuserspekulationen zu erweitern. Mit Betriebshilfe bauen sich die einflussreichen Bürger Familienhäuser für 29 000 Rubel und verkaufen es gleich für 130 000 Rubel. Mit diesem Gewinn können sie wieder neue Häuser bauen lassen. («Zarja Wostoka», 23. Juli 1960).

Erweiterung des Erbrechtes

Die «Neue Klasse» wünscht jetzt auch die Erweiterung des Erbrechtes, um ihr Hab und Gut ihrer Familie übergeben zu können. Das BGB erlaubt die gesetzliche Erbfolge für die aufsteigende und absteigende Linie, wie für Brüder und Schwestern. Die Literatur wünscht jedoch die gesetzliche Erbfolge auch auf die Kinder der verstorbenen Brüder und Schwestern auszudehnen (auf Kosten des Staates). Auch das Privileg der Bankeinlage wird angefochten, demgemäß nämlich der Erblasser diese Summe frei testieren kann, was er sonst nur dann tun darf, wenn keine gesetzlichen Erben vorhanden sind. Um die Vererbung von grösseren Vermögen zu ermöglichen, wurden die Gebühren abgeschafft (1943), welche auf Grund einer grossen Progressivität bis zu 90 Prozent des Erbschaftswertes gehen konnten. Die «Neue Klasse» besitzt mehrere Villen und wertvolle Hauseinrichtungen.

Steigende Kapitalkumulierung am «Gipfel der Gesellschaft»

Während das Lohnminimum 1956 nur auf 270 bis 350 Rubel pro Monat erhöht worden ist und 1959 bis 1962 auf 400 bis 450 Rubel erweitert werden soll («Kommunist», Nr. 3, 1960), und die Ankaufspreise für Landwirtschaftsprodukte nach 1958 herabgesetzt und der Anteil für unteilbaren Fonds der Kolchose erheblich erhöht wurden — erfuhren dagegen die Honorare für wissenschaftliche und literarische Werke 1947 eine Neuregelung und erhielten die Professoren der Universitäten einen Grundlohn, der mehr als zwanzigmal höher war als der Minimallohn (1956 = 4000 bis 6000 Rubel pro Monat, plus wissenschaftliche Zulagen usw.), und die «Gefahrenzulage» der Parteidienststellen, der hohen Staats- und Polizeibeamten betrug oft das Doppelte des Grundlohns.

Am «Gipfel der Gesellschaft» beobachtet man also eine steigende «Kapitalkumulierung, hingegen geht eine rasch fortschreitende Pauperisierung in den unteren Schichten der Gesellschaft vor sich.

Die Ausbreitung der kommunistischen Ideologie, der marxistisch-leninistischen Lehre, kann durch keine nationalen Grenzen verhindert werden. Keine Armee kann den Fortschritt menschlicher Gedankengänge verhindern.

Chruschtschew vor dem Obersten Sowjet, 14. Januar 1960.

Diese Entwicklung in der UdSSR

ist aus verschiedenen Gründen von grossem Interesse. Zunächst entsteht dadurch ein gewisser Gegensatz zu den in der Volksrepublik China herrschenden Verhältnissen. Indem dort nach wie vor an der sofortigen Verwirklichung der integral-kommunistischen Gesellschaft gearbeitet wird, schenkt die herrschende Schicht dem Ruhm mehr Aufmerksamkeit als den Privilegien. Dieser Umstand dürfte mitverantwortlich sein für die ideologische Kluft, die zwischen dem koexistenzfreudlichen Moskau und dem militärischen Peking entstanden ist. Das wesentlich wichtigere Problem aber liegt in der Frage, ob diese Tendenz zur Verbürgerlichung in der Sowjetunion bereits ein solches Ausmass angenommen hat, dass sie sich dank ihrer eige-

Meldungen von morgen

Bereits haben Spekulationen um eine bevorstehende Aufwertung der D-Mark eingesetzt. Die kürzlichen amerikanisch-deutschen Gespräche in Bonn lassen eine Verschiebung des Währungsverhältnisses zwischen Mark und Dollar erwarten. Und da eine Abwertung des Dollars unwahrscheinlich erscheint...

*

Erster einheimischer Chefminister Kenias würde der ehemalige Mau-Mau-Führer Jomo Keniatta sein, wenigstens wenn es nach dem Willen der Kenya African National Union (KANU) ginge. In einer Massenversammlung forderte Parteisekretär Tom Mboya die erneute Führerschaft des moskaugeschulten Aufständischen, der letztes Jahr seine Gefängnisstrafe fertig abbüsst, aber weiterhin unter Bewachung steht. Solche extremistischen Töne werden beim britischen Kolonialministerium Bedenken gegen die (beabsichtigte, aber noch nicht beschlossene) Einsetzung eines Regierungschefs nach den parlamentarischen Februarwahlen erwecken und könnten neue Wirren auslösen. Jedenfalls hat London jetzt bekanntgegeben, dass Keniatta seine Bewegungsfreiheit vorläufig noch nicht zurückhält.

*

Der türkische Ex-Präsident Ismet Inönü könnte auf die Dauer von der Säuberung der Offiziersjunta noch mehr profitieren als Gürsel selbst. Trotz seiner 76 Jahre wird er jetzt wieder politisch aktiv und scheint bereit zu sein, an der Spitze seiner Republikanischen Volkspartei seine alte Stellung zurückzuerobern.

*

Beginnt sich der Osten gegen Gürsel zu wenden? «Otetschestven Front» in Sofia spricht offen die Vermutung aus, «dass sich hinter der Liberalisierung in der Türkei eine Umgruppierung der reaktionären und imperialistischen Kräfte verbirgt, deren Exponent Mendes war.» Bis zu den jüngsten Entwicklungen hatte Gürsel in den kommunistischen Staaten, vor allem in Ostdeutschland, starke Sympathien.

*

Welchem Zweck dient die riesige sowjetische Flotte von «Fischdampfern», die östlich von Island beobachtet wurde? Anscheinend wurden mehr als tausend Einheiten aufgeboten.

nen Kraft auf dem eingeschlagenen Weg fortbewegt. Wenn das behauptet werden könnte, so wäre mit einem weiteren Abflauen der sowjetischen Aggressivität zu rechnen, denn der revolutionäre Impetus der heutigen Führer müsste allmählich verloren gehen. Wer diese Schlussfolgerung zieht, verfällt aber leicht in den Fehler, sowjetische Verhältnisse mit den Massstäben der freien Welt zu messen, wo die Eigengesetzlichkeit soziologischen Entwicklungen weitgehend geschützt und gesichert ist. Unter den Verhältnissen der totalitären Diktatur ist es jedoch immer möglich, eine unerwünschte Entwicklung abzustoppen.

Die «Verbürgerlichung», das heißt die Hebung des individuellen Lebensstandards, ist eines der wichtigsten Ziele der freien Welt. Sie hat deshalb ein unmittelbares Interesse,

eine solche Verbürgerlichung auch im kommunistischen Lager zu fördern,

Dazu kommt, dass jede Verbürgerlichung den revolutionären Geist abdämpft. So hat die freie Welt auch mittelbar ein Interesse, eine solche Entwicklung im Ostblock zu fördern. Es stellt sich somit die Frage, wie das möglich sei.

Zunächst muss die Sowjetunion mit den Herrschaftsverhältnissen im kommunistischen Lager als Imperium bezeichnet werden. Sie unterliegt somit den Gesetzmäßigkeiten aller Imperien. Ein Imperium aber schöpft seine Lebenskraft aus der Expansion. Sobald es stationär ist, verliert es die Atemmöglichkeit und beginnt zu ersticken. Stagnation bedeutet für jedes Imperium Rückschritt, und dieses leitet meistens den Zerfall ein. Diese Ueberlegung lässt einen wichtigen Schluss zu: Wenn nämlich das Imperium nicht auf militärischem Schlachtfeld angegriffen werden kann, muss seine Lebensfähigkeit dadurch unterbunden werden, dass es an der weiteren Ausdehnung verhindert wird. Auf diese Weise wird der revolutionäre Geist allmählich so verwässert, dass er schliesslich jede Energie verliert. Eine solche Entwicklung steht in einem funktionellen Verhältnis zur Verbürgerlichung.

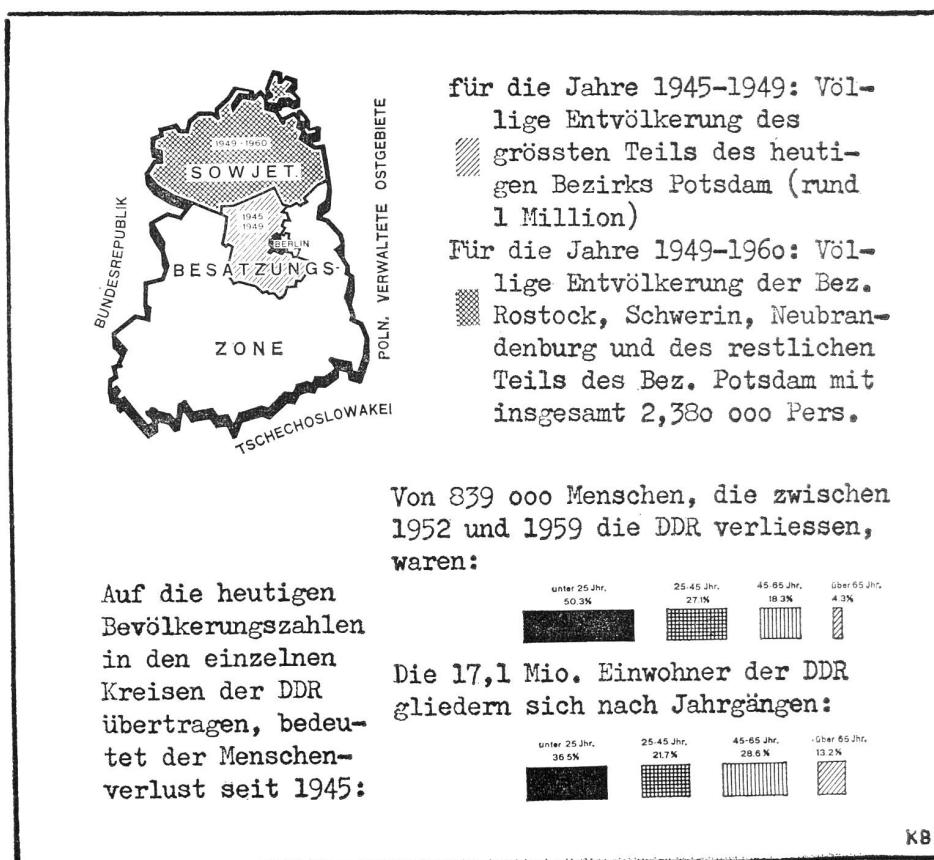
Es wird also zu fordern sein,

dass die freie Welt den Kommunismus konsequent daran hindert, seinen Herrschaftsbereich auszudehnen. Die Verbürgerlichungstendenz innerhalb der kommunistischen Welt kann aber auch propagandistisch gefördert werden. Wenn die freie Welt immer wieder darauf verweist, dass zwar nicht die Scheidung in arm und reich ihr Ziel ist, wohl aber die Möglichkeit des einzelnen Individuums, seine persönlichen Anliegen unabhängig von Staat und Partei zu verwirklichen, dann gewinnt sie dieser Idee zweifellos Anhänger.

Abwanderung aus der DDR

Der einzige Staat auf der Welt, dessen Bevölkerung in erschreckendem Masse abnimmt, ist die DDR. Von 18,4 Millionen im Jahre 1945, ist ihre Zahl auf 17,1 Millionen im laufenden Jahre gesunken und die Experten rechnen mit einem weiteren Rückgang auf zirka 16 Millionen bis 1965, sofern sich bis dahin nicht sehr grundlegende Änderungen im politischen Bild der DDR ergeben.

Bisher hat sich, trotz der 3,3 Millionen, die seit 1945 aus der Zone flüchteten, der



Auf die heutigen Bevölkerungszahlen in den einzelnen Kreisen der DDR übertragen, bedeutet der Menschenverlust seit 1945:

Abfall der Bevölkerungszahlen noch einigermassen langsam vollzogen, was auf einen bescheidenen Geburtenüberschuss zurückzuführen ist, dann aber auch aus der Zuwanderung aus der Bundesrepublik, die nicht unberücksichtigt bleiben darf. 65 Prozent dieser Leute zogen aus überwiegend ökonomischen Gründen in die DDR, weil man ihnen als Spezialisten besonders günstige Arbeitsplätze und Wohnbedingungen zu bieten hatte. 25 Prozent gaben als Motiv ihrer Uebersiedlung in die DDR familiäre Bindungen an. Bei den andern handelt es sich einfach um «Binnenwanderer». Die Uebersiedlung vom Westen nach dem Osten scheint jedoch in letzter Zeit abzuflauen und bereits im vergangenen Jahre kehrten 40 Prozent der «Westflüchtlinge» nach wenigen Monaten wieder in die Bundesrepublik zurück, mit dem Unterschied, dass sie diesmal als wahre Flüchtlinge ohne Hab und Gut wiederkamen. Die Illusionen, unter denen die meisten bisherigen Umsiedler ihren Entschluss fassten, haben durch Ulbrichts Enteignungen in Landwirtschaft, Handwerk und Handel den Todesstoss erhalten, wie die «Freie Rundschau» München, im September-/Oktoberheft berichtet.

Trotz allen Absperrmassnahmen aber steigen die Zahlen der Ostflüchtlinge, ohne bereits den kritischen Höhepunkt erreicht zu haben, denn der Jahrgang 1940 (der heute 20jährigen), der mit rund 340 000 jungen Menschen dem Regime einen kräftigen Zustrom an Arbeitskräften beschert, ist der letzte beachtliche Zufluss. Von nun an werden die Kriegsjahrgänge sowohl in den Arbeitsprozess der DDR wie auch in heiratsfähige Alter eintreten. Der Jahrgang 1945 weist z. B. nur noch 150 000 Burschen und Mädchen auf, und was um das Jahr 1965 herum im Berufsleben eine grosse Lücke bringen wird, dürfte zur bevölkerungspolitischen Katastrophe werden,

wenn diese Kriegsjahrgänge erst einmal die Eltern-Generation stellen. Dann werden statt wie heute jährlich 260 000 Kinder nur noch knapp 100 000 Kinder pro Jahr geboren werden. Diesen 100 000 Erdenbürgern steht dann ein jährlicher Sterblichkeitsabgang von 210 000 Personen gegenüber.

Natürlich sind solche Berechnungen theoretischer Natur, weil sich die Situation ändern kann, dann nämlich, wenn die politische Situation anders werden sollte. Aber der biologische Schrumpfungsvorgang wird durch keine andern Faktoren aufzuhalten sein. Das Regime Ulbricht hat seine Politik jedoch auf lange Sicht so festgelegt, dass es die von ihm ausgelöste Lawine der «Vollsozialisierung» und damit der physischen Vernichtung der mitteldeutschen Bevölkerung nicht mehr bremsen kann. Es hat nämlich eines übersehen: dass die Ostdeutschen keine Chinesen sind, die trotz Volkssolidarität und Terror einen jährlichen Geburtenüberschuss von 12 Millionen Menschen haben.

Unsere Darstellung gibt Aufschluss über die Entvölkerung der DDR und den Anteil der Bevölkerung nach Altersstufen.

Politik

Afrika

OAF in Vorbereitung

Mit einer Mischung von Hoffnung und Sorge prüft Grossbritannien gegenwärtig ein Projekt, das die Zusammenfassung der vier Territorien Tanganjika, Uganda, Kenia und die Sansibar-Insel zu einer Ostafrikanischen Föderation vorsieht, die noch weitere Gebiete aufnehmen könnte. Vater des Projektes ist Chefminister Nyerere von Tanganjika, dem auf dem, Wege zur Unabhängigkeit am weitesten fortgeschrittenen Gebiet, da es bereits über